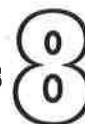




Gerling Informationen für  
wirtschaftsprüfende, rechts- und  
steuerberatende Berufe



10. August 1989  
9. Jahrgang, S. 122–143  
ISSN 0177-1868



Inhalt	Seite
<b>GI Leitsätze</b>	122
<b>Verjährung des Schadenersatzanspruches</b>	123
– Haftung des Rechtsanwalts, § 51 BRAO	
– Anmerkung	
(BGH Ur. v. 15.12.1988 – IX ZR 33/88)	
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	125
– Belehrungspflicht bei Fehlern in den eigenen Arbeiten	
(OLG Hamburg Ur. v. 12.4.1989 – 8 U 231/88)	
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	130
– Pflicht zur Belehrung über Fehler in den eigenen Arbeiten	
– Anmerkung	
(LG Hildesheim Ur. v. 10.3.1987 – 3 O 551/86)	
<b>Haftung des Konkursverwalters</b>	133
– Verjährung des Schadenersatzanspruches	
– Verjährungshemmung	
(LG Bremen Ur. v. 11.10.1988 – 1 O 3478/86 und 1 O 1440/88)	
<b>GI Hinweis</b>	140

## GI Leitsätze

### Praxisübergabe gegen zehnjährige Umsatzbeteiligung/Bewertungsrecht

Wird für die Übergabe einer Praxis ein unbedingter Anspruch auf eine zehnjährige Umsatzbeteiligung erlangt, so ist der Wert der Jahresleistung gem. § 15 Abs. 3 BewG zu schätzen. Der Kapitalwert der wiederkehrenden Leistungen ist nach den Regeln des § 13 BewG zu ermitteln.

(BFH Beschl. v. 30.3.1988 – II R 48/87 – BFH NV 1989, 215)

### Steuerfachgehilfe als Beratungsstellenleiter

1. Steuerfachgehilfen erfüllen regelmäßig die für den Leiter einer Beratungsstelle eines Lohnsteuerhilfevereins vorgeschriebene Qualifikation einer hauptberuflichen Tätigkeit auf dem Gebiet des Lohnsteuerwesens, wenn sie nach Ablegung ihrer Gehilfenprüfung mindestens drei Jahre ihren Beruf ausgeübt haben. Die Lehrzeit kann aber auf die mindestens dreijährige praktische Tätigkeit nicht angerechnet werden.
2. Als hauptberufliche Tätigkeit i. S. des § 23 Abs. 3 StBerG ist auch eine Halbtagsstätigkeit anzusehen.

(BFH Ur. v. 19.4.1988 – VII R 85/87 – BFH NV 1989, 491)

### Vermögensverfall des Rechtsbeistandes, Widerruf der Rechtsberatungserlaubnis

1. Ein Widerruf der Rechtsberatungserlaubnis ist grundsätzlich geboten, wenn der Rechtsbeistand in ungeordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt oder in Vermögensverfall geraten ist. Ein solcher Widerruf setzt nicht voraus, daß sich die in der Vermögenssituation des Rechtsbeistandes gründende Gefahr bereits nachweislich in einen Schaden verwirklicht hat.
2. Die gegenüber der Rechtslage bei Rechtsanwälten (§ 15 Nr. 1 BRAO) striktere Widerrufsregelung bei Rechtsbeiständen (§§ 14 Abs. 1, 6 Satz 3 der 1. AVO zum RBerG) bedeutet keine willkürliche Ungleichbehandlung zu Lasten der Rechtsbeistände.
3. Die Unterlassung der nach § 15 Abs. 1 der 1. AVO zum RBerG vorgeschriebenen Äußerung der Kreispolizeibehörde führt nicht zur Rechtswidrigkeit des Erlaubniswiderrufs, wenn die Entscheidung der Justizverwaltung auch bei ordnungsgemäßer Beteiligung der Polizeibehörde in der Sache nicht anders hätte lauten können.

(OVG Rheinland-Pfalz (Koblenz) Beschl. v. 8.8.1988, 6 A 2/88, RBeistand 1988, 223; vgl. auch BFH Ur. v. 17.11.1987 – VII R 120/86 – GI 1988/2, betrifft den Widerruf der Bestellung bei Konkurs des Steuerberaters)

## **Verjährung des Schadenersatzanspruches**

– Haftung des Rechtsanwaltes § 51 BRAO

– Anmerkung

(BGH Urt. v. 15.12.1988 – IX ZR 33/88)

### **Leitsätze:**

1. Es genügt, wenn der Beklagte die Einrede der Verjährung einmal erhoben hat; einer ausdrücklichen Wiederholung der Einrede in der nächsten Instanz bedarf es nicht.
2. Die Verjährung vertraglicher Ersatzansprüche nach § 51 BRAO wird nicht in entsprechender Anwendung von § 852 Abs. 2 BGB durch Verhandlungen zwischen dem Auftraggeber und dem Rechtsanwalt gehemmt.

### **Aus den Gründen:**

Die Verjährung ist nicht dadurch gehemmt, daß die Parteien, wie der Kläger in der Klageschrift vorgetragen hat, seit 1983 über den Schadenersatzanspruch verhandelt haben. Die Vorschrift des § 852 Abs. 2 BGB, wonach die Verjährung durch Verhandlungen zwischen dem Ersatzpflichtigen und Ersatzberechtigten gehemmt ist, bis der eine oder der andere Teil die Fortsetzung der Verhandlungen verweigert, ist auf die Verjährung vertraglicher Ersatzansprüche nach § 51 BRAO nicht anzuwenden. § 852 Abs. 2 BGB gilt grundsätzlich nur für Schadenersatzansprüche aus unerlaubter Handlung.

Der Bundesgerichtshof hat diese Vorschrift zwar auf die Verjährung vertraglicher Ersatzansprüche des Vermieters wegen Veränderungen oder Verschlechterungen der Mietsache nach § 558 BGB entsprechend angewendet (BGHZ 93, 64 ff); das läßt sich jedoch auf den vorliegenden Fall nicht übertragen.

Die Anwendung des § 852 Abs. 2 BGB auf die Ersatzansprüche des Vermieters wegen Veränderungen oder Verschlechterung der Mietsache beruht darauf, daß diese Ersatzansprüche des Vermieters sich in aller Regel sowohl aus dem Mietvertrag als auch aus unerlaubter Handlung ergeben. Das führt einerseits dazu, daß auch auf den Deliktanspruch die kurze Verjährungsfrist des § 558 BGB angewendet wird, andererseits hat dies zur Folge, daß auch bei dem vertraglichen Anspruch die Bestimmung des § 852 Abs. 2 BGB herangezogen wird. Der Anspruch des Auftrag-

gebers auf Schadenersatz aus dem zwischen ihm und dem Rechtsanwalt bestehenden Vertragsverhältnis, dessen Verjährung § 51 BRAO regelt, ist ein rein vertraglicher Anspruch, der sich in der Regel nicht zugleich aus dem Gesichtspunkt der unerlaubten Handlung herleiten läßt. Deshalb muß eine auch nur entsprechende Heranziehung des § 852 Abs. 2 BGB von vornherein ausscheiden.

Gegen den Beklagten ist auch kein sogenannter sekundärer Schadenersatzanspruch gegeben, der in der Regel erst drei Jahre nach dem Primäranspruch verjährt. Ein Sekundäranspruch kann entstehen, wenn der Anwalt es unterläßt, den Mandanten auf den Regreßanspruch und seine Verjährung hinzuweisen. Dieser Anspruch setzt jedoch voraus, daß der Eintritt der Verjährung des Primäranspruchs auf der Verletzung der Belehrungspflicht beruht (BGHZ 94, 380, 391). Das ist hier nicht der Fall.

Selbst wenn der Beklagte es unterlassen haben sollte, den Kläger auf den Regreßanspruch hinzuweisen, so beruht doch der Verjährungseintritt nicht auf dem unterlassenen Hinweis. Denn der Kläger wurde bereits im Sommer 1983 wegen seines gegen den Beklagten gerichteten Ersatzanspruch anderweitig anwaltlich beraten. Außerdem hat er im Juli 1984 dem Beklagten wegen dieses Anspruchs den Streit verkündet. Wenn er gleichwohl den Primäranspruch hat verjähren lassen, so beruht das nicht auf einem unterlassenen Hinweis des Beklagten.

Der Kläger hat schließlich auch keine Anhaltspunkte dafür vorgetragen, daß es dem Beklagten unter dem Gesichtspunkt der unzulässigen Rechtsausübung verwehrt sein könnte, sich auf die Verjährung der Klageforderung zu berufen.

**Anmerkung:**

Die Entscheidung des BGH bestätigt die bisherige Rechtsprechung, wonach Verhandlungen zwischen dem Anspruchsteller und dem StB, WP oder RA nicht zur Hemmung der Verjährung führen (BGH GI 11/82 = ZIP 1982, 116; NJW 1955, 1834; Staudinger – Dilcher § 202, 18; MK – von Feldmann § 194, 16 und § 202, 9).

## Haftung des Steuerberaters

– Belehrungspflicht bei Fehlern in den eigenen Arbeiten

(OLG Hamburg Urt. v. 12.4.1989 – 8 U 231/88, rkr.)

### Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Mandant ist nicht mehr belehrungsbedürftig, wenn er den Fehler des Steuerberaters und die Verjährungslage kennt. Es ist gleichgültig, wie er zu dieser Kenntnis gelangte.
2. Der Auftrag an einen neuen Steuerberater zur „Nachbearbeitung“ einer Steuerveranlagung verpflichtet ihn auch zur Belehrung über Fehler des Vorberaters, wenn solche bei gewissenhafter Prüfung nahe liegen.
3. Der Vorberater muß nicht über Fehler in den eigenen Arbeiten und den Lauf der Verjährung evtl. Schadenersatzansprüche belehren, wenn der Mandant einen neuen Steuerberater mit der „Nachbearbeitung“ der schädigenden Steuerveranlagung beauftragt hat.

### Aus den Gründen:

Die Berufung der Kläger ist zulässig. Sie ist indes nicht begründet. Die Kläger verlangen von der Beklagten ohne Erfolg Ersatz desjenigen Schadens, der ihnen möglicherweise dadurch entstanden ist, daß die Beklagte den Einkommensteuerbescheid 1982 bestandskräftig werden ließ. Den Klägern steht weder ein primärer noch ein sekundärer Schadenersatzanspruch zu. Der primäre Ersatzanspruch ist verjährt, der sekundäre nicht mehr entstanden.

1. Der primäre Ersatzanspruch gegen die Beklagte, wenn er denn bestand, ist verjährt. Zutreffend geht das Landgericht davon aus, daß es auf die Frage, ob der Beklagten eine schuldhaft Verletzung ihrer Pflichten als Steuerberaterin vorzuwerfen ist, nicht ankommt. Der primäre Schadenersatzanspruch verjährte nach § 68 StBerG am 6. 9. 1987, drei Jahre nach Rechtskraft des Einkommensteuerbescheides 1982. Vor diesem Zeitpunkt wurde er nicht gerichtlich geltend gemacht (§ 209 BGB), die Verjährungsfrist mithin nicht unterbrochen. Die von der Beklagten erhobene Einrede der Verjährung greift durch.

**Es ist unerheblich, ob der Auftraggeber einen Fehler seines Steuerberaters und den dadurch verursachten Schaden kennt oder nicht**

(BGH Urt. v. 20.1.1982 – GI 8/82 = ZIP 82, 451 m. Anm. Gräfe = NJW 1982, 1285 und 1288, Urt. v. 24.2.1982 – GI 11/82 = NJW 1982, 1532, Urt. v. 26.5.1982 – GI 12/82 = NJW 1982, 2256). Der Lauf der Verjährungsfrist gem. § 68 StBerG beginnt vielmehr bereits mit dem Schadeneintritt, da nunmehr der Schaden im Wege einer Feststellungsklage geltend gemacht werden kann. Der Zeitpunkt des Schadeneintritts und damit der Anfang der Verjährungsfrist ist allerdings je nach der Art des entstandenen Schadens unterschiedlich zu bestimmen (BGH Urt. v. 27.11.1985 – GI 1986, 27 = EWIR § 68 StBerG 1/86, 297 Gräfe = BGHZ 96, 290 unter ausdrücklicher Aufgabe der in der Entscheidung vom 20.1.1982 – GI 8/82 = ZIP 82, 451 m. Anm. Gräfe = NJW 1982, 1285 insoweit vertretenen Auffassung).

Die Kläger reklamieren im vorliegenden Fall den Schaden, der daraus entstanden ist, daß bei der Steuerveranlagung 1982 DM 38.354,- Schuldzinsen nicht als Betriebsausgaben vom Finanzamt anerkannt wurden, was zu einer Verringerung der Einkommensteuerlast der Kläger in Höhe von DM 20.151,68 geführt hätte. Bei einem vorsorglichen Einspruch der Beklagten gegen den Bescheid 1982 hätte – mit gewisser Wahrscheinlichkeit – die Regelung gemäß Vergleich beim Finanzgericht vom 4.12.1986 auch noch auf die Veranlagung 1982 angewandt werden können, was zu der vorgenannten Steuerreduzierung geführt hätte. Hinsichtlich der unter Vorbehalt der Nachprüfung ergangenen Bescheide 1983 und 1984 erreichten die Kläger eine Neufestsetzung nach Maßgabe des Vergleichs. Da der Bescheid 1982 weder eine nur vorläufige Festsetzung gem. § 165 (I) AO enthielt noch unter dem Vorbehalt der Nachprüfung nach § 164 (I) AO erging, **wurde er mit Ablauf der Einspruchsfrist bestandskräftig. Damit war der Schaden der Kläger entstanden.** Der **Berichtigungsantrag** der Kläger vom 2.3.1987 stellte nur den Versuch dar, die Rechtskraft zu durchbrechen. Dem **ablehnen-den Bescheid** des Finanzamtes vom 20.10.1987 kommt daher keine eigenständige Bedeutung zu. Es bleibt bei der mit Ablauf der Einspruchsfrist in Gang gesetzten Verjährungsfrist.

2. Die Kläger begründen ihre Forderung ohne Erfolg mit einem sekundären Schadenersatzanspruch. Der sekundäre Ersatzanspruch ist nicht mehr zur Entstehung gelangt. Ein Steuerberater ist wie ein Rechtsanwalt (vgl. BGH Urt. v. 26.2.1985 NJW 1985, 1151 (1152), Urt. v. 1.10.1987 NJW 1988, 265 (266)) verpflichtet, seinen Mandanten auf die Möglichkeit seiner eigenen Haftung hinzuweisen, wenn es für ihn aus begründeten Anhaltspunkten wahrscheinlich ist, daß er einen Fehler mit Schadensfolgen für den Mandanten gemacht hat (vgl. BGH Urt. v.

8.3.1977 AnwBl. 1977, 506 (507)); ferner hat er ihn über die hierfür geltenden Verjährungsvorschriften aufzuklären (BGH Ur. v. 20.1.1982, 1285 (1286)). Kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, hat er den Mandanten nach § 249 BGB so zu stellen, als wäre die Verjährung des Primäranspruchs nicht eingetreten. Der sekundäre Schadenersatzanspruch entsteht indes nicht schon durch die den Regreßfall auslösende Pflichtverletzung, sondern setzt eine neue Pflichtwidrigkeit des Beraters, eben den unterlassenen Hinweis auf die eigene Haftung und deren Verjährungsfrist, voraus (BGH Ur. v. 25.3.1987 VersR 1987, 718 (719)). Es fehlt an einer schuldhaften Verletzung der Sorgfaltspflicht, wenn die unterlassene Belehrung in die Zeit vor Bekanntwerden des Urteils des Bundesgerichtshofs vom 20.1.1982 fällt (BGH Ur. v. 27.11.1982 – GI 1986, 27 = EWIR § 68 StBerG 1/86, 297 Gräfe = BGHZ 96, 290). Die Zeit nach Beendigung des Mandats bleibt unberücksichtigt, weil die Belehrungspflicht mit dem Ende des Mandats entfällt (vgl. BGH Ur. v. 18.9.1986 NJW 1987, 326). Diese beiden zeitlichen Komponenten sind im vorliegenden Fall irrelevant.

Es kann dahinstehen, ob insbesondere die Verfügung der OFD Köln vom 9.1.1986 der Beklagten ausreichenden Anlaß gab zu überprüfen, ob sie nicht durch den unterlassenen Einspruch einen Fehler zulasten der Kläger begangen hatte. Auch die pflichtwidrige Unterlassung eines entsprechenden Hinweises wäre für die Beklagte unschädlich gewesen, da die Kläger noch vor der Verjährung des primären Ersatzanspruchs keiner Belehrung mehr bedurften. Nach allgemeiner Ansicht ist eine solche entbehrlich, wenn der Mandant noch rechtzeitig vor Ablauf der primären Verjährungsfrist gerade wegen der Regreßfrage, insbesondere anwaltlich, beraten wird (BGH Ur. v. 20.1.1982 – GI 8/82 = ZIP 82, 451 m. Anm. Gräfe = NJW 1982, 1288 (1289), Ur. v. 24.2.1982 – GI 11/82 = NJW 1982, 1532 (1533)). Dabei ist es unerheblich, ob das Auftragsverhältnis während der primären Verjährungsfrist fortbestand oder in dieser endete (BGH Ur. v. 1.10.1987 NJW 1988, 265 (266)). Die Kläger meinen nun, sie seien auch nach dem Wechsel des Steuerberaters belehrungsbedürftig geblieben. Ihr Prozeßbevollmächtigter sei „nur mit der rein steuerlichen Nachbearbeitung der Einkommensteuersache 1982 befaßt“ gewesen. Ein anwaltlicher Auftrag, die Regreßfrage zu prüfen, sei ihm nicht erteilt worden. Im übrigen komme es auf ihre tatsächliche Kenntnis und nicht darauf an, ob sie die Kenntnis bei pflichtgemäßer Beratung durch den alten und/oder neuen Berater hätten erlangen können oder müssen.

Die Kläger übersehen bei ihrer Argumentation, daß Kenntnis von der Regreß- und Verjährungsfrist nicht etwa nur dann gegeben sein kann, wenn ein Rechtsanwalt zu deren Prüfung eingeschaltet ist. Zwar führt der Bundesgerichtshof im Urteil vom 20.1.1982 (GI 8/82 = ZIP 82, 451 m. Anm.

Gräfe = NJW 1982, 1288 (1289)) aus, daß die Belehrungsbedürftigkeit entfalle, wenn der Auftraggeber „noch rechtzeitig vor Ablauf der Verjährungsfrist gerade wegen der Regreßfrage anderweitig anwaltlich beraten wird“. Daß als Grund für den Wegfall der Belehrungsbedürftigkeit indes nur eine zwischenzeitliche anwaltliche Beratung in Betracht kommt, folgt aus der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nicht. Gerade seine eigene im vorgenannten Urteil angeführte Entscheidung (Urt. v. 23. 3. 1971, 1363 (1364)) zeigt, daß anderweitige Kenntnis ausreichen kann, auch wenn sie nicht von einem Rechtsanwalt stammt. **In jedem Fall reicht eine der anwaltlichen gleichstehende Beratung aus** (BGH Urt. v. 8. 5. 1984, 2204). Diese ist bei der Beratung **durch einen Steuerberater** ohne weiteres gegeben, wenn es um steuerliche Probleme wie auch um Fragen der berufsspezifischen Haftung geht (vgl. OLG Frankfurt/Main Urt. v. 19. 3. 1987 Stbg 1988, 43 (45)).

Die Kläger verkennen überdies **die Pflichten eines Steuerberaters, der „mit der Nachbearbeitung“ eines bestimmten Steuervorgangs beauftragt ist**. Steuerberatung im Sinne von § 33 StBerG ist ein Teil der Rechtsberatung, wenn auch grundsätzlich beschränkt auf die in § 1 StBerG aufgeführten Tätigkeitsbereiche. Der Steuerberater ist zur Rechtsberatung befugt, soweit dies in unmittelbarem Zusammenhang mit seiner Berufstätigkeit steht (vgl. Gehre, StBerG 1981, § 33 Rdnr. 14 m.w.N.). Dabei kann der Umstand, daß der Steuerberater des Klägers zugleich Rechtsanwalt ist, außer Betracht bleiben; maßgebend für **die Berufsordnung und -pflichten, die auf ihn anzuwenden sind, ist der – hier steuerberatende – Schwerpunkt seiner vertraglichen Verpflichtungen** (vgl. BGH Urt. v. 21. 4. 1982 – GI 14/82 = BGHZ 83, 328 (332)). Der Prozeßbevollmächtigte der Kläger war als Steuerberater nach dem von ihm beschriebenen genauen Inhalt seines Auftrags verpflichtet zu prüfen, welche Möglichkeiten für die Kläger bestanden, ihre Einkommensteuerschuld zu reduzieren. Ein derartiger Auftrag löste eine umfassende Beratungspflicht aus, der Steuerberater hat auch ungefragt über wesentliche, steuerlich bedeutsame Einzelheiten und deren Folgen zu belehren. Dies gilt erst recht bei steuerlich wenig bewanderten Mandanten wie – nach ihrem Vortrag – den Klägern (vgl. BGH Urt. v. 20. 5. 1987 LM BGB § 675 Nr. 127). Dabei besteht eine allgemeine Vertragspflicht, den Mandanten vor Schaden zu bewahren. Dies bedeutet nicht ohne weiteres eine Beratung in Fragen allgemeinrechtlicher Art, sondern beschränkt sich auf die in § 1 StBerG genannten Gebiete. Erkennt aber der Steuerberater, daß der Mandant weitergehende rechtliche Hilfe benötigt, hat er ihn an einen Rechtsanwalt zu verweisen (vgl. BGH Urt. v. 5. 6. 1985 – GI 33/85 = NJW 1986, 1050 (1051)).



Der Antrag an das Finanzamt, den Einkommensteuerbescheid 1982 zu berichtigen, war nur ein möglicher Weg, das gesetzte Ziel zu erreichen. Diesen beschritten die Kläger mit Schreiben vom 2. März 1987, etwa ein halbes Jahr vor Eintritt der Verjährung. In der Folgezeit unternahmen die Kläger nichts bis zum 28. September 1987, als sie bei der Beklagten Ersatz für Hinterziehungszinsen verlangten. Zwischenzeitlich war am 6. September 1987 Verjährung eingetreten. Ausweislich ihres Berufungsvorbringens hielten es die Kläger nicht für ihre Sache, „imaginäre“ Verjährungsfristen zu überwachen. Diese Meinung ist jedenfalls dann nicht zutreffend, **wenn ein Fehler des vorangegangenen Steuerberaters bei gewissenhafter Prüfung nahelag.** Ausweislich des Schreibens vom 2. März 1987 kannte ihr neuer Steuerberater den Vergleich vor dem Finanzgericht. Er wußte daher, daß ein Finanzgerichtsverfahren geschwebt hatte, in dem es um diejenigen Fragen ging, die auch bei der von ihm zu überprüfenden Veranlagung 1982 von Bedeutung waren. Dem neuen Steuerberater mußte sich die Frage aufdrängen, ob sich nicht ein Fehler der Beklagten zu Lasten der Kläger ausgewirkt hatte. Diese Frage mit zu klären, war auch Inhalt seines Nachbearbeitungsauftrages. Vorsorglich hatte er daher den Ablauf der primären Verjährungsfrist festzustellen und die Kläger auf dieses wichtige Datum hinzuweisen. Deren Entscheidung wäre es dann gewesen, den Aufgabenbereich ihres Steuerberaters um die Verfolgung des Regreßanspruches zu erweitern, wie es auch – verspätet – geschehen ist. Die Kläger können nicht mit dem Einwand gehört werden, ihrem Steuerberater habe zu wenig Zeit zur Einarbeitung in die komplexe Materie zur Verfügung gestanden. Zwischen dem negativen Bescheid des Finanzamtes vom 20. Okt. 1987 und der Geltendmachung der Regreßforderung gegen die Beklagte lagen max. nur 10 Tage; das Schreiben der Kläger an die Beklagte datiert vom 30. Okt. 1987. Es ist kein Grund ersichtlich, warum der Hinweis des Steuerberaters auf den drohenden Ablauf der Verjährungsfrist und die Notwendigkeit der Erteilung eines anwaltlichen Mandats nicht rechtzeitig möglich gewesen sein soll, auch wenn die Antwort des Finanzamtes noch nicht vorlag. Wie die spätere kurze Bearbeitungszeit erweist, hätte auch noch kurzfristig die Unterbrechung der Verjährung in die Wege geleitet werden können.

Die Kläger müssen sich Fehler ihrer anderweitigen Berater zurechnen lassen. Zwar darf sich der Steuerberater während des Mandatsverhältnisses nicht aufgrund verschiedener Umstände und Anzeichen darauf verlassen, der Mandant sei über den Ersatzanspruch und dessen Verjährung wohl im Bilde. Er muß sich vielmehr vergewissern, ob der Mandant richtig informiert ist; die Voraussetzungen der Belehrungspflicht wären

sonst zu unbestimmt, die Rechtsstellung des Auftraggebers zu unsicher (vgl. BGH Urt. v. 18.9.1987, 326 (327)). Erteilt der Auftraggeber jedoch einem anderen Berater einen Auftrag zur Nachbearbeitung einer Steuer-sache, so kann der frühere darauf vertrauen, er werde dort eingehend belehrt (vgl. OLG Frankfurt Urt. v. 1.12.1977 VersR 1979, 775 (776)). Ferner muß sich der Auftraggeber vermeidbare Fehler des neuen Beraters wie eigene entgegenhalten lassen. Daran vermögen auch die Überlegungen der Kläger zur Ursachenkette, welche die Beklagte möglicherweise in Gang gesetzt hatte, nichts zu ändern. Durch die wirksam von der Beklagten erhobene Einrede der Verjährung ist den Klägern die Berufung auf die Ausgangsursache verwehrt. Darüber hinaus entstand ein etwaiger sekundärer Ersatzanspruch nicht etwa schon mit der Beendigung des Mandats der Beklagten am 7. Jan. 1987, sondern er wäre erst mit Eintritt der Verjährung des primären Schadenersatzanspruchs entstanden. Es bedarf daher weder Überlegungen zur Problematik der kumulativen Kausalität noch der überholenden Kausalität.

Der Argumentation der Kläger zur Anwendung des § 254 BGB vermag sich der Senat nicht anzuschließen. Diese Vorschrift verschafft keine Anspruchsgrundlage. Die Kläger können sich nicht gegenüber der Beklagten darauf berufen, diese müsse sich aus § 254 BGB an dem ihnen entstandenen Schaden beteiligen; vielmehr könnte die Beklagte zur vollen oder teilweisen Abwehr des Anspruchs der Kläger auf diese Bestimmung verweisen, wenn gegen sie eine Haftungsgrundlage bestünde. Dies ist aber gerade nicht der Fall.

## **Haftung des Steuerberaters**

- Pflicht zur Belehrung über Fehler in den eigenen Arbeiten
- Anmerkung

(LG Hildesheim Urt. v. 10.3.1987 – 3 O 551/86, rkr.)

### **Leitsatz** (d. Verf.):

Die Belehrungspflicht über Fehler in den eigenen Arbeiten entfällt, wenn der Mandant während des Laufs der Primärverjährung einen anderen Steuerberater mit der Erledigung seiner steuerlichen Belange beauftragt und dieser von dem zugrundeliegenden Sachverhalt Kenntnis erlangt oder infolge von Fahrlässigkeit nicht erlangt.

### Aus den Gründen:

Der Sekundäranspruch ist lediglich entwickelt worden um zu verhindern, daß der Mandant, der keine rechtliche Belehrung über seinen Regreßanspruch und die maßgebliche Verjährungsfrist erhält, durch die kurze Verjährung des § 68 StBerG gleichsam rechtlos gestellt wird. Dies wäre nämlich mit der sich aus dem engen Vertrauensverhältnis zwischen Steuerberater und Mandant ergebenden Treuepflicht und den daraus resultierenden Auskunftspflicht und Belehrungspflichten des Steuerberaters nicht in Einklang zu bringen (vgl. BGH GI 8/82 = BGHZ 83, 17 ff.). Es kann dahinstehen, ob die vorstehenden Erwägungen grundsätzlich dann nicht zur Anwendung gelangen, wenn der Mandant während des Laufs der Verjährungsfrist den Steuerberater wechselt. Im Anschluß an die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Sekundärhaftung des Anwalts (vgl. BGH NJW 1982, 1288 f.) hat jedenfalls das OLG Celle in seinem Urteil vom 21.7.1982 (3 U 30/82) ausdrücklich festgestellt, daß bei einem Steuerberater die Verpflichtung zur Belehrung über die (erste) Pflichtverletzung dann entfällt, wenn diese und der sich daraus ergebende Schaden während des Laufs der (ersten) Verjährungsfrist bekannt geworden sind und zudem der Mandant in der Regreßfrage anderweitig, z.B. durch einen Rechtsanwalt, beraten wird.

Im Anschluß an diese Rechtsprechung vertritt die Kammer die Ansicht, **daß eine Belehrungspflicht des Steuerberaters im vorgenannten Sinn dann entfällt, wenn der Mandant während des Laufs der Verjährungsfrist einen anderen Steuerberater mit der Erledigung seiner steuerlichen Belange beauftragt und dieser von dem dem Regreßanspruch gegen den früheren Steuerberater zugrundeliegenden Sachverhalt Kenntnis erlangt** (oder infolge von Fahrlässigkeit nicht erlangt), so daß er instand gesetzt wird, den Mandanten über die Möglichkeit der Geltendmachung von Regreßansprüchen zu beraten. Das gilt jedenfalls dann, wenn ausreichend Zeit bis zum Eintritt der Verjährung des Regreßanspruches gegen den früheren Steuerberater verbleibt, um den Anspruch durchzusetzen bzw. verjährungsunterbrechende Maßnahmen vorzunehmen.

So liegen die Dinge auch im Verhältnis der Parteien. Der Beklagte hat das an ihn als Verfasser der Steuererklärung des Klägers für das Jahr 1980 gerichtete Schreiben des Finanzamts vom 12.3.1982 mit Anschreiben vom 18.3.1982 an den neuen Steuerberater des Klägers weitergeleitet. Der in dem Anschreiben erteilte Hinweis des Beklagten, daß er noch Gebührenansprüche in Höhe von 2.000,- DM für seine Vorarbeiten berechne, besagt nicht, daß der Beklagte trotz der generellen Aufgabe seiner Steuerberatertätigkeit das Mandat für den Kläger in dieser Angelegen-

heit fortführen wollte. Ansonsten wäre unverständlich, weshalb er das Schreiben des Finanzamts vom 12.3.1982 überhaupt an den Steuerberater weitergeleitet hat. Insbesondere aber ist der neue Steuerberater des Klägers mit Schreiben des Finanzamts vom 30.3.1982, also **mehr als ein Jahr vor dem Ablauf der Verjährungsfrist** für einen möglichen Regreßanspruch gegen den Beklagten, direkt angeschrieben und davon unterrichtet worden, daß eine Anrechnung der Veräußerungsgewinne aus den in das Wirtschaftsjahr 1980/81 fallenden Grundstücksverkäufen des Klägers auf die im vorhergehenden Wirtschaftsjahr erfolgten Zukäufe landwirtschaftlicher Flächen nicht anerkannt werden konnte.

Bei dieser Sachlage gehörte es zu den Pflichten des als sachkundiger Berater in Steuerangelegenheiten für den Kläger tätigen Steuerberaters, den Kläger unverzüglich von dem Sachverhalt zu unterrichten und danach zu befragen, ob der Beklagte als früherer Steuerberater den gebotenen Hinweis auf die steuerlichen Risiken der Veräußerung des Grundbesitzes im zweiten Halbjahr 1980 unterlassen hatte. Im Falle einer entsprechenden Bestätigung durch den Kläger hätte es sodann dem Steuerberater oblegen, den Kläger auf **die Möglichkeit eines Regresses** gegen den Beklagten **und die insoweit maßgebliche Verjährungsfrist hinzuweisen**.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der Steuerberater den Beklagten, wenn auch erst mit Schreiben vom 22.2.1984, unter Bezugnahme auf den im Schreiben des Finanzamtes vom 30.3.1982 mitgeteilten Sachverhalt und die Erklärung des Klägers, am 9.5.1980 mit dem Beklagten über die steuerliche Gestaltung des Sachverhalts gesprochen zu haben, ausdrücklich um die Prüfung der Angelegenheit unter dem Gesichtspunkt eines Beratungsfehlers gebeten hat. Der neue Steuerberater hat mithin den Kläger hinsichtlich der Möglichkeit eines Regresses gegen den Beklagten tatsächlich beraten. Zu einer entsprechenden Beratung gehört bei der Beachtung der gebotenen Sorgfalt die rechtzeitige Erteilung der erforderlichen Hinweise einschließlich der Belehrung über die maßgebliche Verjährungsfrist.

Da der Kläger nach alledem gerade nicht rechtlos gestellt war, sondern über den fachkundigen Beistand des neuen Steuerberaters verfügte, ist es ihm verwehrt, sich bezüglich der behaupteten Pflichtverletzung des Beklagten auf die Unkenntnis der Voraussetzungen eines Regreßanspruches zu berufen.

#### **Anmerkung:**

Das Urteil des Landgerichts bestätigt die bisher vorliegende oberlandesgerichtliche Rechtsprechung. Der Bundesgerichtshof hat sich zur Frage

des Wegfalls der Belehrungspflicht bei anderweitiger Beratung durch einen neuen Steuerberater bisher noch nicht geäußert (Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung, 2. Aufl. 1988 Tz 921 m.w.N.).

## **Haftung des Konkursverwalters**

– Verjährung des Schadenersatzanspruchs

– Verjährungshemmung

(LG Bremen Urt. v. 11.10.1988 – I O 3478/86 und I O 1440/88)

### **Leitsätze d. Verf.:**

1. Die fehlerhafte Unterrichtung über die wirtschaftliche Lage der Gemeinschuldnerin stellt eine Verletzung konkursspezifischer Pflichten dar. Anspruchsgrundlage für einen Schadenersatzanspruch ist § 82 KO.
2. Schadenersatzanspruch gemäß § 82 KO unterliegen der 3 jährigen Verjährung gemäß § 852 BGB.
3. Die Kenntnis des Vertreters über den Schaden und die ersatzpflichtige Person wird dem Vertretenen dann zugerechnet, wenn er einen umfassenden Aufgabenbereich zu erledigen hatte und er zur Kenntnisnahme bestimmter Tatsachen bestimmt wurde.
4. Die Verjährung ist gemäß § 852 Abs. 2 BGB bei Verhandlungen gehemmt. Hierzu genügt ein Meinungsaustausch, wenn nicht erkennbar jede Verhandlung über den Ersatz abgelehnt wird.
5. Die Hemmung der Verjährung endet, wenn die Verhandlungen „einschlafen“.
6. Der Anspruchsteller kann aus der Betriebsfortführung keine Pflichtverletzung herleiten, wenn er die Fortführung des Betriebes aus eigenem Interesse wünschte und an dem Konzept der Fortführung maßgeblich mitwirkte (§ 242 BGB).
7. Bis zum Urteil des BGH v. 15.2.1984 (ZIP 1984, 612 ff.) konnte der Konkursverwalter mit der herrschenden Meinung in der Literatur ohne Verschulden die Auffassung vertreten, neue Masseschulden nehmen nicht an der Verteilung nach § 60 AO teil, sondern sind vorweg zu tilgen.

### I. Zum führenden Verfahren:

1. Einen Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten kann die Klägerin nicht auf das Rechtsinstitut der culpa in contrahendo (cic) stützen. Zwar hat der Konkursverwalter gegenüber Dritten wie jeder andere Vertragspartner sonstige Pflichten bei und nach Abschluß von Verträgen (vgl. BGH ZIP 87, 115, 117). Die von der Klägerin in reklamierten Pflichtverletzungen des Beklagten sind freilich konkurrenzspezifischer Art, so daß das Rechtsinstitut der cic auch bei Zugrundelegung des Vortrags der Klägerin nicht anwendbar ist. **Die fehlerhafte Unterrichtung durch den Beklagten über die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Gemeinschuldnerin**, die nach dem Vortrag der Klägerin zur Stellung der Sicherheiten führte, stellte eine Verletzung gerade der dem Konkursverwalter obliegenden Pflicht dar. Auch das Eingehen ungedeckter Masseverbindlichkeit ist eine konkurrenzspezifische Pflichtverletzung im Sinne des § 82 KO /BGH KTS 73, 251, 252). Insoweit kommt als Anspruchsgrundlage für einen Schadenersatzanspruch der Klägerin allein § 82 KO in Betracht.
2. Auch aus dem von der Klägerin behaupteten „Hinweis“ des Beklagten, „daß er für die nach Fortführung der Betriebe der Gemeinschuldnerin eingegangenen Verpflichtungen wie ein persönlich haftender Gesellschafter einzustehen habe, läßt sich für die Klägerin isoliert nichts herleiten. Denn diese Äußerung des Beklagten – unterstellt, sie sei gefallen – stellt lediglich einen „Hinweis“ des Beklagten auf die bestehende Rechtslage, nämlich auf seine Haftung nach § 82 KO dar; daß der Beklagte den Haftungsumfang des § 82 KO durch die genannte Äußerung erweitern wollte und erweitert hat, indem der dem Zeugen eine Garantiezusage jenseits der konkurrenzrechtlichen Haftung machte, läßt sich bei verständiger Würdigung weder dem Wortlaut noch dem Sinn der (behaupteten) Aussage entnehmen.
3. Es kann dahinstehen, ob ein Anspruch der Klägerin aus § 82 KO gegeben ist, denn jedenfalls wäre ein solcher Anspruch verjährt. Ansprüche nach § 82 KO unterliegen der dreijährigen Verjährung gemäß § 852 BGB (BGH ZIP 85, 359). Der Lauf der Verjährungsfrist beginnt gemäß § 852 Abs. 1 BGB mit Kenntnis des Schadens und der ersatzpflichtigen Person. Die Verjährungsfrist begann am 26.3.1982 mit der **Kenntnis des Ehemanns der Klägerin** vom eingetretenen Schaden. Dies ergibt sich aus folgendem: Die Klägerin ließ sich bei nahezu allen aus den Parteivorträgen ersichtlichen rechtsgeschäftlichen Handlungen, so auch bei den Fragen, die sich um den Kredit in Höhe von 1 Million DM an die Gemeinschuldnerin rankten, von ihrem Ehemann

vertreten. In der Regel ist die Kenntnis des Vertreters für den Verjährungsbeginn nach § 852 BGB zwar ohne Bedeutung, da es im Rahmen des § 852 BGB nicht um die Zurechnung von rechtsgeschäftlichem Handeln, sondern um die Zurechnung von tatsächlichem Wissen geht. **Dieser Grundsatz wird aber dort durchbrochen, wo eine Wissenszurechnung erfolgt; d.h. der Dritte bei der Erledigung ihm übertragener Angelegenheiten eine tatsächlich ähnliche Stellung hat wie der Vertreter bei Vornahme eines Rechtsgeschäfts** (Richardi AcP 169 (1969), 387, 397). Daher kommt es im Rahmen des § 852 BGB dann nicht auf die Kenntnis des Vertretenen an, wenn dieser einen Vertreter bestellt, der einen umfassenden Aufgabenbereich zu erledigen hat und diesen zur Kenntnisnahme bestimmter Tatsachen bestimmt (BGH NJW 68, 988; Staudinger-Schäfer, § 852 Randnr. 28). So hat der BGH entschieden, daß derjenige, der einen anderen mit der Erledigung bestimmter Angelegenheiten in eigener Verantwortung betreut, wegen der mit § 166 BGB vergleichbaren Interessenlage sich das in diesem Zusammenhang erlangte Wissen als eigenes zurechnen lassen muß (BGHZ 83, 293, 296; ebenso Soergel-Leptien, § 164 Randnr. 11).

Da der Ehemann der Klägerin den gesamten Schriftwechsel zwischen ihr und dem Beklagten bzw. der Haftpflichtversicherung des Beklagten vornahm, muß sich die Klägerin das in diesem Zusammenhang erlangte Wissen ihres Ehemannes als eigenes zurechnen lassen.

Der Ehemann der Klägerin erlangte die für § 852 BGB maßgebliche Kenntnis mit dem Schreiben der S. vom 25. März 1982, das ihm am 26. März 1982 zuing.

In diesem Schreiben teilte die S. dem Ehemann der Klägerin mit, der Konkursverwalter habe sie in der letzten Gläubigerausschußsitzung davon unterrichtet, daß er den Kredit in Höhe von 1.000.000,- DM aus der gesamten Vermögensmasse nicht zurückzahlen könne. Mit der Aufforderung, zur Abwendung der Verwertung der gegebenen Sicherheiten den Betrag von 1.000.000,- DM zu zahlen, war der Hinweis verbunden, wegen dieser Inanspruchnahme gegebenenfalls gegen den Beklagten vorzugehen.

Damit wußte der Ehemann der Klägerin, daß der Beklagte seine Zusage, die Konkursmasse werde ausreichen, um den Kredit zurückzuzahlen, nicht einhalten konnte und daß ihm bzw. seiner Ehefrau ein Schaden entstehen würde. Die Kenntnis der genauen Höhe des Schadens ist dabei nicht erforderlich (BGH NJW 60, 380); auch über das schädigende Ereignis, nämlich das Verhalten, des Beklagten, war sich der Ehemann im klaren, wobei die genaue Kenntnis vom Kausalverlauf in Einzelheiten für den

Verjährungsbeginn nicht gefordert wird (BGH VersR 61, 910). Die Verjährung begann mithin am 26. März 1982.

Die **Verjährung** war allerdings zeitweilig **aufgrund der durchgeführten Verhandlungen gehemmt** (§ 852 Abs. 2 BGB). Der Begriff der Verhandlung im Sinne des § 852 Abs. 2 BGB ist weit auszulegen (BGH NJW 83, 2075, 2076). Darunter ist jeder Meinungs austausch über den Schadenfall zu verstehen, der zwischen Berechtigtem und Verpflichtetem stattfindet, wenn nicht erkennbar jede Verhandlung über Ersatz abgelehnt wird (BGHZ 93, 64, 67), sich also der Verpflichtete auf Erörterungen einläßt (BGH VersR 59, 34, 36) und der Berechtigte daher davon ausgehen kann, daß sein Begehren nicht endgültig abgelehnt wird (Münch. Kommentar Mertens, § 852 Randnr. 65; Soergel-Zeuner, Randnr. 26 zu § 852 BGB). Als Entgegnung auf das Schreiben des Ehemannes der Klägerin vom 26. März 1982 teilte der Beklagte mit Schreiben vom 1. April 1982 dem Ehemann der Klägerin mit, dieser möge notfalls seine Haftpflichtversicherung in Anspruch nehmen. Nach diesem Schreiben konnte die Klägerin davon ausgehen, daß zu diesem Zeitpunkt eine endgültige Ablehnung des Ersatzanspruches durch den Beklagten nicht beabsichtigt war. Am 1. April 1982 war die Verjährung damit gehemmt, wobei die Wirkung der Hemmung auf den Zeitpunkt der Inanspruchnahme, hier den 26. März 1982, zurückgreift (vgl. BGH VersR 59, 3436), die Verjährung also von Beginn an gehemmt war.

Allerdings dauerte dieser Schriftwechsel nur bis zum 26. April 1982 und endete mit einem Vorschlag zum mündlichen Gespräch seitens des Beklagten in dessen Schreiben vom 26. April 1982. Der nächste Schriftwechsel begann erst am 12. Juli 1982 und dauerte bis zum 19. Juli 1982.

**Die Hemmung der Verjährung endet, wenn die Verhandlungen „einschlafen“**, d.h. sobald aus der Sicht des Berechtigten nach Treu und Glauben der nächste Schritt spätestens zu erwarten wäre (BGH NJW 63, 492; VersR 67, 502; Soergel-Zeuner, § 852 Randnr. 27). Insoweit ist von Bedeutung, daß zwischen dem Schreiben des Beklagten vom 19. Juli 1982 und der Zahlungsaufforderung der Klägerin vom 11. März 1983 kein Schriftwechsel zwischen den Parteien stattfand. Geht man von einer Frist von vier Wochen nach dem 19. Juli 1982 aus, binnen derer der nächste Schritt zu erwarten gewesen wäre, so sind die Verhandlungen zwischen den Parteien mit dem 17. August 1982 als eingeschlafen zu betrachten; der Lauf der Verjährung war danach bis zur erneuten Aufnahme der Verhandlungen am 11. März 1983 nicht mehr gehemmt. Am 7. Dezember 1983 endete die Hemmung aufgrund der Ablehnung der Ersatzansprüche durch die Haftpflichtversicherung des Beklagten. Bis zur Klageeinreichung am



5. Dezember 1986 war die Verjährungsfrist mithin zunächst mindestens sechs Monate und nach dem 7. Dezember 1983 nochmals knapp drei Jahre (bis auf 3 Tage) gelaufen. Mithin war am 5. Dezember 1986 Verjährung eingetreten.

Nach alledem ist ein etwaiger Anspruch der Klägerin aus § 82 KO (führendes Verfahren) verjährt; die Klage in dem führenden Verfahren war deshalb abzuweisen.

## II. Zum verbundenen Verfahren (Aktenzeichen I O 1440/88)

Auch diese Klage ist unbegründet. Der Klägerin steht auch ein Zahlungsanspruch gegen den Beklagten aus ihrem von der S. abgetrennten Recht nicht zu.

1. Die möglicherweise **fehlerhafte Bewertung des Vorratsvermögens** der Gemeinschuldnerin durch die von dem Beklagten eingeschalteten Mitarbeiter der Gemeinschuldnerin, für die der Beklagte nach § 278 BGB einzustehen hätte (BGH NJW 80, 55), und die auf dieser Bewertung fußende Betriebsfortführung durch den Beklagten sind nach dem eigenen Vortrag der Klägerin nicht geeignet, einen Schadenersatzanspruch der Klägerin gegen den Beklagten aus § 82 KO zu begründen. Dies ergibt sich aus den Darlegungen des Sachverständigen. Danach hat der Verkauf des Umlaufvermögens einen Betrag von 8,3 Mio und der Verkauf des Anlagevermögens einen Betrag von 11,2 Mio DM erbracht, während eine früher eingeleitete Liquidation der Gemeinschuldnerin für beide Vermögensarten nur einen niedrigeren Wert erbracht hätte, weil dann der eigentliche ökonomische Wert der Gemeinschuldnerin in Form von Kunden- und Lieferantenbeziehungen bzw. dem Wert einer existierenden Organisation und dem Mitarbeiterstamm nicht hätte realisiert werden können. Diesen Ausführungen des Sachverständigen D. ist die Klägerin nicht entgegengetreten. Im Gegenteil: Sie selbst läßt unter Berufung auf die privatgutachterlichen Ausführungen des Dipl.-Kaufmanns S. vortragen, „das Ergebnis aus der Verwertung des Vorratsvermögens bei Gesamtabgabe an die Nachfolgegesellschaft (sei) besonders erfolgreich“ gewesen. Eine möglicherweise fehlerhafte Bewertung des Vorratsvermögens hat sich mithin nach dem überzeugenden Gutachten des Sachverständigen nicht schädigend ausgewirkt; vielmehr hat sich gerade die Gesamtabgabe eines arbeitenden Betriebes als erfolgreiches Konzept bewährt. Es steht außer Zweifel, daß eine (sofortige) Liquidation der Gemeinschuldnerin zu einem weitaus geringeren Ertrag und damit zu einem höheren Forderungsausfall geführt hätte.

Dies wäre insbesondere zum Nachteil der S. gewesen, die sich bei der Gemeinschuldnerin mit Krediten von 2,45 Mio DM engagiert hatte.

2. Die **Fortführung des Betriebes** der Gemeinschuldnerin lag deshalb im besonderen Interesse der S. und war von dieser selbst gewollt. Dies ergibt sich aus dem eigenen Vortrag der Klägerin und den von ihr vorgelegten Anlagen. So teilt die S. mit Schreiben vom 4. Dezember 1980 den Vorständen der W.-Bank mit:

„Z.Z. sind bereits bei der Firma 300 Arbeitskräfte freigesetzt worden. Es ist damit zu rechnen, daß kurzfristig, d.h. in den nächsten 2 – 3 Monaten, die verbliebenen 220 Beschäftigten ihre Arbeitsplätze verlieren, wenn sich das von uns erarbeitete Konzept zur Fortführung der Firma nicht verwirklichen läßt.

Hintergrund unserer Bemühungen ist hierbei keineswegs unser eigenes Kreditengagement von ca. DM 3,75 Mio., das als ungefährdet betrachtet werden kann, sondern vielmehr unsere Sorge um die wirtschaftliche Situation im Raume N. Bei Freisetzung sämtlicher bisher in der Firma H. beschäftigten Arbeitnehmer ergibt sich für N. eine Arbeitslosenquote von über 10 %.

Bei den Beschäftigten der Firma handelt es sich zum überwiegenden Teil um langjährige Kunden und Mitglieder unseres Hauses. Insofern werden unsere Bemühungen um Erhaltung der Firma gerade von unseren Mitgliedern und Bürgern mit sehr viel Erwartung verfolgt.“

Daß die Fortführung des Betriebes der Gemeinschuldnerin ein gerade von der S. verfolgtes Konzept war, ergibt sich aus dem Protokoll der Gläubigerausschußsitzung vom 16. Dezember 1980, an der für die S. Herr T. das „von ihm angestrebte Konzept, nämlich Weiterführung des Betriebes in Form einer neu zu gründenden Firma mit ca. 300 Arbeitnehmern“. In dem Protokoll heißt es weiter: „Herr T. schlägt vor, den Betrieb bis zum 30. März 1981 weiterlaufen zu lassen, um Zeit für weitere Verhandlungen zu gewinnen.“

Die S. wirkte an der Verwirklichung des Konzeptes, den Betrieb der Gemeinschuldnerin zu erhalten, auch selbst mit, wie sich aus der Darstellung des Herrn T. laut Protokoll der Gläubigerausschußsitzung vom 9. März 1981 ergibt. In dieser Sitzung berichtete Herr T. über den „Stand der Verhandlungen hinsichtlich der Überleitung auf eine neue Firma“.

Unter diesen Umständen ist es demnach der S. verwehrt, eine Pflichtverletzung des Beklagten im Sinne des § 82 KO auf die Fortführung des Betriebes der Gemeinschuldnerin zu stützen, weil die S. selbst die Betriebsfortführung aus eigenem Interesse wünschte und an dem

Konzept der Fortführung des Betriebes maßgeblich mitwirkte (§ 242 BGB). Diesen Einwand muß sich die – aus abgetretenem Recht der S. vorgehende – Klägerin entgegenhalten lassen (§ 404 BGB).

3. Die Klägerin kann einen Schadenersatzanspruch ferner nicht auf §§ 60 Abs. 1 Ziff. 6, 82 KO mit der Begründung stützen, der Beklagte habe den durch die Poolbanken der Gemeinschuldnerin gewährten Kredit über 2.000.000,- entsprechend dem Beschluß des Poolbeirates vom 16. Dezember 1980 „vorrangig vor allen bisher entstandenen Verbindlichkeiten“ befriedigt. Denn dieser zwischen den Poolbanken und dem Beklagten getroffenen Vereinbarung über die Vorabbefriedigung des 2.000.000,- DM-Kredits hat die S. mit Schreiben vom 14. Januar 1981 schriftlich ausdrücklich zugestimmt. In diesem Schreiben hat die S. gebilligt, daß „der Kredit vor sämtlichen übrigen Verbindlichkeiten an dem Vermögen des aus Lieferanten und Banken .... gebildeten Pools im Gleichrang mit höchstens 2.000.000,- DM Lieferantenforderungen, die nach dem 16. Dezember 1980 aus Warenlieferungen an die Gemeinschuldnerin entstanden sind, abgesichert“ wird und daß „vor Rückzahlung dieses Massekredites keine Poolausschüttungen erfolgen dürfen und keine anderen Kreditverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgeglichen werden. Dies gilt ebenfalls für den von der S.-Kasse N/R gewährten Massekredit von rund 1,3 Mio. DM“. Da die S. mithin mit der Vorabbefriedigung des 2. Mio DM-Kredits einverstanden gewesen ist, kann die Klägerin dieses Vorgehen dem Beklagten nicht als Pflichtverletzung vorwerfen.
4. Schließlich hat sich der Beklagte auch nicht dadurch schadenersatzpflichtig gemacht, daß er Lieferantenverbindlichkeiten, deren Summe die Klägerin mit 27.000.000,- DM angibt, **vor** der Darlehensrückzahlungsforderung der S. und nicht etwa gleichrangig anteilig erfüllt hat. Soweit nämlich die Lieferantenverbindlichkeiten **später** als die Forderung der S. entstanden sind, **durfte der Beklagte diese „Neu-Masseschulden“ ohne Verschulden vorrangig tilgen**, weil er bis zu dem Urteil des BGH vom 15. Februar 1984 (ZIP 84, 612 ff) mit der ganz herrschenden Meinung in der Literatur (Nachweis in BGH, a.a.O., ZIP 84, 614) ohne Verschulden die Auffassung vertreten durfte, neue Masseschulden nähmen nicht an der Verteilung nach § 60 KO teil, sondern seien vorweg zu tilgen. Insoweit liegt demnach eine **schuld-hafte** Pflichtverletzung des Beklagten nicht vor.

## GI Hinweise

Vielfältige Steuergestaltungsmöglichkeiten werden in dem Umsatzsteuerkongreß-Bericht 1988/89 angesprochen: Steuervorteile durch Umsatzsteuer-Wahlrechte, Mißbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten, Rechtsgeschäfte zwischen nahestehenden Personen, grenzüberschreitende Leistungen etc.

Die in dem Kongreßbericht veröffentlichten Beiträge und Diskussionen wollen und können dem Steuerberater bei der Erfüllung seiner Berufspflichten helfen.

Umsatzsteuerkongreß-Bericht 1988/89 2Wahlrechte und Gestaltungsmöglichkeiten im Umsatzsteuerrecht", Verlag Dr. Otto Schmidt KG 1989, 276 Seiten, DM 86,-.

---

Die Schriftenreihe „Der Rechts- und Steuerdienst“ legt als Heft 68 eine Arbeit von Sabine Temminghoff, Lohnsteuerpflichtige Zuwendungen an Arbeitnehmer, vor (Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln 1989, 132 Seiten, DM 38,-).

Die aus der Dissertation hervorgegangene Schrift befaßt sich mit den neben laufenden Bezügen an Arbeitnehmer häufig gewährten Zuwendungen. Sie untersucht die gegenwärtige Besteuerungspraxis der Finanzverwaltung im Hinblick auf den gesetzlichen Arbeitslohnstatbestand. Die Änderungen des Steuerreformgesetzes 1990 sind bereits berücksichtigt worden. Aus dem ABL der Zuwendungen: Ärztliche Versorgung – Berufsbekleidung – Deputate – Essensgewährung – Firmenwagen – Gelegenheitsgeschenk – Haustrunk – Incentive-Reisen – Jahreswagen – Kantinenraum – Mietzins – Nettolohnvereinbarung – Optionsrecht – Personalrabatt – Sportanlage – Trinkgeld – Vermögensbeteiligung – Wohnungsbaudarlehen – Zukunftssicherungsleistung.

# Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

## (Heft 1–8, 1989)

<b>Abfindungsvergleich</b>			<b>Freie Mitarbeiter</b>	
– Anwaltskosten	89,	2	– Abgrenzung Arbeitnehmer	89, 72
<b>Allgemeine Auftragsbedingungen d. Wp</b>			<b>Fristenkontrolle</b>	
– Ausschußfrist, § 9 Abs. 3 Nr. 1	89,	94	– Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch	89, 94
<b>Anderkonto</b>			<b>Honoraranspruch</b>	
– des Notars	89,	50	– bei Anschlußkonkurs	89, 33
	(LS)		– Beweislast f. Gebührenrahmen	89, 34
– Verrechnung mit Gebührenforderung	89,	72	– Datenübertragung, § 32 StBGebV	89, 41
	(LS)		– Gebührenrahmen	89, 116
			– neue Umsatzsteuererklärung	
<b>Anlageberatung</b>			– Gegenstandswert	
– Immobilienkauf 1980	89,	73	– Anerkennungsverfahren f.	
– Liquiditätsbelastung	89,	73	– StB-Gesellschaft	89, 34
– Pflicht zur –	89,	73	– Honorarvorschuß, Rückzahlung	89, 34
– Prognosen	89,	36	– ordnungsgemäße Honorarrechnung,	
	(LS)		– Unterschrift	89, 34
– Risiken			– Sachverständigengutachten	89, 109
– = projizierte Steuervorteile	89,	36	– des Wirtschaftsprüfers	89, 111
	(LS)		– = Anwendung der StBGebV	89, 111
– Risikobeurteilung d. Anlegers	89,	50	<b>Kausalität</b>	
	(LS)		– wirtschaftliche Vorteile bei	
– Schaden	89, 36,	73	– steuerlichen Nachteilen	89, 100
<b>Auskunftsvertrag</b>			<b>Konkursverwalter, Haftung des</b>	
– stillschweigender Abschluß	89,	42	– Betriebsfortführung	89, 133
– Verjährung	89,	89	– Unterrichtung über wirtschaftl. Lage	89, 133
– Werkvertrag	89,	89	– Verteilungsverfahren bei Masseschuld,	
			– neue Rechtsprechung	89, 133
<b>Bekanntgabe d. Steuerbescheides</b>			<b>Kosten d. FG-Prozesses</b>	
– an Mandanten oder StB	89,	22	– Kostenpflicht d. StB.	89, 87
<b>Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA</b>			<b>Kündigung des Mandats</b>	
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	89,	12	– aus wichtigem Grund	89, 109
– = eigene Sachkunde, Zahnarzt			<b>Lohnsteuerhilfeverein</b>	
– = eigene Sachkunde, Geschäftsmann	89,	25	– Beratungsstellenleiter, Steuerfachgehilfe	89, 122
– = Nachbearbeitungsauftrag an Kollegen	89, 125,	130	– = Halbtätigkeit, § 23 Abs. 3 StBerG	
<b>Berichtigung (§ 173 I, 2 AO)</b>			<b>Mandantengelder</b>	
– grobes Verschulden			– Anderkonto des Notars	89, 50
– = Überprüfung der Arbeitsergebnisse			– Verrechnung mit Gebührenforderung	89, 72
– d. Mitarbeiters	88,	22	<b>Mitverschulden</b>	
<b>Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO</b>			– Risiken bei Kapitalbeteiligung	89, 50, 73
– Buchhaltungsunterlagen	89, 2,	36		(LS)
<b>Beweislast, s. auch Darlegungslast</b>			– überlegene Sachkunde d. StB.	89, 73
– Belehrungspflicht	89,	28	<b>Nachbesserung</b>	
– Buchungsfehler	89,	30	– Kosten der –, § 633 Abs. 3 BGB	89, 116
<b>Bilanzerstellung</b>			<b>Notar</b>	
– Dritthaftung	89,	95	– Anderkonto	89, 50
– Grundstücksbewertung, Information				(LS)
– d. Mandanten	89,	2	– Belehrungspflicht	
– Testat	89,	95	– = über Versteuerung eines Spekulationsgewinns	89, 94
<b>Buchhaltungsauftrag</b>			– Darlehensauszahlung ohne erstrangige	89, 50
– Löschung von Buchhaltungsdaten	89,	36	– Grundschuld	(LS)
	(LS)		– Eigenverantwortlichkeit	89, 94
<b>Darlegungslast f. Regreßanspruch,</b>			– Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung	89, 102
<b>s. auch Beweislast</b>			– = Prüfung materieller Fragen	89, 102
– Buchungsfehler	89,	30	– Hinzuziehung von Mitarbeitern	89, 94
<b>DATEV-Daten</b>			<b>Praxiswert</b>	
– Übertragung auf Kollegen	89,	39	– Abschreibung eines erworbenen –	89, 109
– Vernichtung von –	89,	39	– 10jährige Umsatzbeteiligung, Bewertungsrecht	89, 122
<b>Dritthaftung</b>			<b>Prospekthaftung</b>	
– Anwaltsvertrag	89,	3	– d. Treuhänders	89, 62
– Bilanzerstellung	89,	95	– Verjährungsbeginn	89, 2
– Sachwalterhaftung	89,	3		
– aus Testat	89,	95		



BGH v. 27.9.1988 – IX ZR 4/88	89, 36 (LSI)	LG Düsseldorf v. 19.7.1988 – 10 O 119/88	89, 116
= EWiR § 676 BGB 2/88, 11, 91 (Medicus)		LG Heidelberg v. 21.9.1988 – 3 O 65/88	89, 14
= ZIP 1988, 1464		LG Hildesheim v. 10.3.1987 – 3 O 551/86, rkr.	89, 130
= WM 1988, 1685		LG Hildesheim v. 21.4.1988 – 22 Qs 1/88	89, 2
= NJW-RR 1989, 150		= wistra 1988, 327	
BGH v. 28.9.1988 – IVa ZR 45/87	89, 99	LG Kiel v. 24.10.1988 – 11 O 302/88	89, 30
= VersR 1988, 1275 = WM 1988, 1636		LG Köln v. 25.6.1987 – 24 O 154/87	89, 2
= WuB IV A § 6751, 89; Sturmhoebel		LG Köln v. 16.2.1989 – 2 U 203/88	89, 89
BGH v. 18.10.1988 – XI ZR 12/88	89, 95	LG München I v. 5.5.1987 – 10 O 15390/84	89, 2, 36
= VersR 1989, 375		LG München I v. 22.4.1988 – 19 Qs 3/88	89, 36
BGH v. 20.10.1988 – VII ZR 219/87	89, 50 (LSI)	= wistra 1988, 326	(LSI)
= ZIP 1988, 1573		LG Regensburg v. 27.5.1988 – 6 O 566/88	89, 50
= WM 1988, 1831		DSiR 1988, 753	(LSI)
= WuB I G 7 Immobilienanlagen 3.89 v. Heymann		LG Wuppertal v. 9.2.1988 – 5 O 352/87	89, 35
= NJW 1989, 894			
BGH v. 25.10.1988 – XI ZR 3/88	89, 37		
= WM 1988, 1755		AG Euskirchen v. 20.8.1987 – 4 C 227/87	89, 17
= ZIP 1988, 1474			
= BB 1988, 2428			
= EWiR § 67 BGB 1/89, 33 Keller			
= WuB IV A § 667 BGB 1.89 Sturmhoebel			
= DSiR 1989, 259			
BGH v. 10.11.1988 – IX ZR 31/88	89, 94	BFH v. 4.6.1986 – VII E 01/86	89, 34
= WM 1988, 1853		= BFH NV 1988, 47	
BGH v. 13.12.1988 – IX ZR 26/88	89, 109	BFH v. 21.5.1987 – IV R 124/83	89, 108
= INF 1989, 166		= BFH NV 1988, 760	
= StB 1989, 122		BFH v. 23.6.1987 – IV R 33/86	89, 109
BGH v. 15.12.1988 – IX ZR 33/88	89, 123	= BSiBl. 1988, 979	
BGH v. 20.12.1988 – IX ZR 88/88	89, 72	BFH v. 29.7.1987 – I R 367, 379/83	89, 22
BGH v. 26.1.1989 – XI ZR 81/88	89, 79	= STEUER-TELEX 0824	
BGH v. 14.2.1989 – XI ZR 14/88	89, 73	= LEXinform 0081194	
		BFH v. 26.8.1987 – I R 144/86	89, 22
		= BSiBl 88 II, 109	
		BFH v. 10.12.1987 – IV R 53/86	89, 108
		= BFH NV 1988, 752	
		BFH v. 30.3.1988 – II R 48/87	89, 122
		= BFH NV 1989, 215	
BayOLG Beschl. v. 17.9.1987		BFH v. 19.4.1988 – VII R 85/87	89, 122
= BReg. 3 Z 76/87	89, 22	= BFH NV 1989, 49	
= AG 1988, 18		BFH v. 7.12.1988 – X R 80/87	89, 94
OLG Celle v. 12.10.1988 – 3 U 278/87	89, 39	= DSiR 1989, 209	
OLG Düsseldorf v. 26.5.1987 – 21 U 259/86	89, 42	FG Baden-Württemberg v. 22.1.1988 –	89, 46
OLG Düsseldorf v. 27.9.1988 – 4 U 245/87	89, 51	IX K 237/84	
OLG Düsseldorf v. 28.11.1988 – 18 W 62/88	89, 44	= EFG 1988, 546	
OLG Düsseldorf v. 26.1.1989 – 18 U 190/88	89, 102	FG Rheinland-Pfalz v. 23.3.1987	89, 108
OLG Düsseldorf v. 16.2.1989 – 18 U 228/88 rkr.	89, 82	= EFG 1987, 449	
OLG Düsseldorf v. 6.4.1989 – 18 U 215/88 rkr.	89, 111	FG München Vorbesch. v. 4.8.1989 –	89, 87
OLG Frankfurt v. 2.2.1988 – 14 U 132/86	89, 34	VI 225/86 E, nicht rkr.	
= NJW 1988, 2807			
OLG Hamburg v. 12.4.1989 – 8 U 231/88, rkr.	89, 125		
OLG Köln v. 19.9.1988 – 8 U 13/88	89, 5	LAG Köln Ur. v. 23.3.1988 – 7 Sa 1378/87	89, 72
OLG Köln v. 20.9.1988 – 15 U 67/86	89, 62	= StB 1989, 45	
OLG Köln v. 14.2.1989 – 9 U 36/88	89, 94		
OLG Oldenburg v. 4.11.1988 – 6 U 154/88	89, 23	OVG Rheinl.-Pfalz (Koblenz) v. 8.8.1988 – 6 A 2/88	89, 122
OLG Stuttgart v. 13.12.1988 – 12 U 30/88	89, 50 (LSI)	= RBeistand 1988, 223	
LG Aachen v. 2.9.1987 – 4 O 167/87	89, 34	VerwG München Ur. v. 8.11.1988 – M 16 K 88, 1266	89, 72
= StB 1988, 389		= MittBl. WPK Nr. 133/89	
LG Arnsberg v. 6.1.1989 – 1 O 207/88	89, 90		
LG Bremen v. 11.10.1988 – 1 O 3478/86	89, 133	Erlaß Nordrhein-Westfalen v. 7.1.1988	89, 22
und 1 O 1440/88		= S 0202-4-VC	(LSI)
LG Darmstadt v. 8.1.1987 – 10 O 245/86	89, 2		
LG Detmold v. 12.12.1987 – 1 O 268/87	89, 25		
LG Dortmund v. 17.12.1987 – 2 O 60/87	89, 2		

© Gerling-Konzern  
Vertriebs-Aktiengesellschaft  
Abteilung Presse und Information  
Gereonshof, 5000 Köln 1  
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:  
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,  
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger  
schriftlicher Zustimmung.